

Pauschal gegen die Pauschale

Dr. Markus Söder lud zum Jour fixe

Dr. Markus Söder, Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, will in unregelmäßigen Abständen die Verbände im Gesundheitswesen an einen Tisch bringen, um „prospektive Ansätze“ zu diskutieren. In einer ersten Runde Mitte März nutzte er die Gelegenheit, den Koalitionsvertrag zwischen CDU, FDP und CSU zu loben.

Mit den Forderungen nach mehr Regionalität – auch in der Finanzverteilung –, der Stärkung des Freien Berufes, einem grundsätzlichen Überarbeiten der Honorarreform, der Neustrukturierung Medizinischer Versorgungszentren und einer sauberen Differenzierung zwischen ambulantem und stationärem Sektor hätten die Berliner Koalitionspartner wesentliche Forderungen aus dem Gesundheitsbereich übernommen, so Söder zum Koalitionsvertrag.

Lediglich beim Thema Kopfpauschale sei man im Dissens mit dem Koalitionspartner FDP. Unter Bezugnahme auf Berechnungen des Finanzministeriums vertritt Söder die Auffassung, der Solidarausgleich bei einer Gesundheitsprämie könne nicht über Steuern finanziert werden. Unterstützung erfuhr der Minister dabei ausgerechnet vom Verband der privaten Krankenversicherung (PKV), deren Verbandsdirektor und Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Dr. Volker Leienbach, bei einer Prämie – sie könnte bei 190 Euro pro Kopf monatlich liegen – das Geschäftsmodell der PKV gefährdet sieht.

Mit Blick auf die aktuellen Probleme des Gesundheitsfonds – voraussichtlich sechs bis sieben Milliarden Euro Defizit 2010 – fordert Söder ein Finanzierungsmodell, das auf dem Solidarausgleich basiert und auch die demografische Entwicklung berücksichtigt. Wie ein solches Modell aussehen könnte, darüber schweigt der Minister.

Kostenerstattung statt Bürokratie

Konkrete Schritte will der CSU-Politiker dagegen in Sachen Bürokratieabbau unternehmen. Hier forderte er alle Beteiligten zu Vorschlägen auf. Als Beispiele für Entbürokratisierung nannte BLZK-Hauptgeschäftsführer Peter Knüpper, der die Bayerische Landes Zahnärztekammer beim Jour fixe

vertrat, die Abschaffung der gesetzlichen Fortbildungspflicht für Vertragszahnärzte ebenso wie die Abschaffung von gesetzlichen Bestimmungen zum Qualitätsmanagement. Auch der regelmäßige Fachkundenachweis für Zahnärzte im Bereich der Röntgenverordnung sei sicher verzichtbar.

Knüpper wies auch auf die Forderung der Zahnärzteschaft zur Kostenerstattung hin. Die entsprechenden Ankündigungen im Koalitionsvertrag seien nun umzusetzen. Ebenso müsse geprüft werden, welche Leistungsbereiche künftig mit Festzuschüssen abgedeckt werden können. Im Übrigen könne Bürokratisierung bereits im Entstehungsprozess vermieden werden, wenn der Bund auf das geplante Patientenrechtegesetz verzichte. Patientenschutz sei auch Aufgabe der Selbstverwaltung. Sofern der Gesetzgeber Vorschläge hierzu habe oder auch Kritik, sollten diese zunächst einmal mit der Selbstverwaltung diskutiert werden.

In seinem Schlusswort räumte Minister Söder ein, dass die Frage, was die Solidargemeinschaft künftig leisten könne und solle, sehr sensibel diskutiert werden müsse. Entweder könnten medizinische Spitzenleistungen finanziert werden – dann aber nicht mehr „alles und jedes“ – oder die Finanzierung finde in der Breite statt, dann jedoch nicht mehr in der Spitze. Dies sei die eigentliche gesellschaftspolitische Herausforderung. Redaktion

Auszug aus dem Kapitel „Gesundheit“ des Koalitionsvertrags zwischen CDU, FDP und CSU

„(...) Die Freiberuflichkeit der ärztlichen Tätigkeit ist ein tragendes Prinzip unserer Gesundheitsversorgung und sichert die Therapiefreiheit. Die freie Arztwahl durch die Patientinnen und Patienten ist dabei Ausdruck eines freiheitlichen Gesundheitswesens und die Basis für das notwendige Vertrauensverhältnis zwischen Ärztin und Arzt und Patientin und Patient. Diese Struktur der ambulanten Versorgung wollen wir aufrechterhalten. (...) Die Ärztinnen und Ärzte brauchen einen gesicherten Rahmen für ihre Arbeit. Eine Grundvoraussetzung ist ein einfaches, verständliches Vergütungssystem, das die Leistungen adäquat abbildet. Dabei werden regionale Besonderheiten Berücksichtigung finden. (...)“